

Demokratie aus Sicht der Bevölkerung

Demokratie Monitor 2018 – 2024

Martina Zandonella

Wien, Mai 2025

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	3
1 Repräsentation in der Krise	4
2 Verliert die Demokratie selbst an Legitimität?	11
3 Perspektiven	14
Datengrundlage	16
Literatur.....	19

Einleitung

Im Jahr 2024 fanden in mehr als 50 Ländern Wahlen statt, rund vier Milliarden Menschen und damit die Hälfte der Weltbevölkerung konnten dabei ihre Stimme abgeben. Viele dieser Wahlen waren jedoch weder frei noch fair, denn nicht einmal jede:r Dritte lebt in einem Staat, der dies garantiert. Hinzu kommt, dass sich auch in etablierten Demokratien besorgniserregende Entwicklungen mehren: Die Unzufriedenheit mit den repräsentativen Institutionen hat in den vergangenen Jahren zugenommen und in Teilen der Bevölkerung hat sich der Eindruck verfestigt, dass die eigenen Lebensumstände durch politische Beteiligung nicht mehr positiv verändert werden können. Auch der Anteil jener, die in einem demokratischen Staat leben, jedoch aufgrund ihrer Staatsbürgerschaften von politisch wirksamer Beteiligung ausgeschlossen sind, steigt kontinuierlich an. Verstärkt Zuspruch erhalten wiederum Parteien und Politiker:innen, die einfache Lösungen für komplexe Herausforderungen anbieten. Gewinnen sie Wahlen, stehen die liberalen Errungenschaften unserer Demokratie auf dem Spiel: Grundrechte, die Gewaltenteilung und die Unabhängigkeit der Justiz werden mit dem Argument eingeschränkt, dass eine Demokratie nicht mehr braucht als den „Wähler:innenwillen“ und eine diesen ahnende und umsetzende Politik.

Die Analysen zu diesen Entwicklungen füllen inzwischen Regale, die Sicht „von unten“ kommt dabei jedoch kaum vor. Der vorliegende Bericht möchte dieser Perspektive Raum geben: Was denken die Menschen über das politische System in Österreich und über die Demokratie im Allgemeinen? Wo haben sich in diesem Zusammenhang Schieflagen aufgetan? Und was können wir aus diesen lernen, um nicht nur den Status Quo der Demokratie zu erhalten, sondern auch ihre Zukunft zu gestalten?

Datengrundlage der folgenden Ausführungen ist der Demokratie Monitor, eine seit 2018 jährlich durchgeführte repräsentative Befragung von rund 2.000 Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich (Details hierzu siehe Seite 17ff). In den sieben Jahren seines Bestehens hat der Monitor turbulente Zeiten begleitet, die auch an der Demokratie nicht spurlos vorüber gegangen sind. Rückblickend hat die erste Befragung im vergleichsweise ereignislosen Jahr 2018 außerdem Richtwerte geliefert, anhand derer Veränderungen gut nachvollzogen werden können. Damals wurde festgehalten, dass die Demokratie als bevorzugte Staatsform in den Köpfen der Menschen gut verankert ist und auch die Zufriedenheit mit ihrer aktuellen Ausgestaltung war hoch: Für rund zwei Drittel funktionierte das politische System in Österreich gut. Hervor stach jedoch, dass ökonomische Ungleichheit den stärksten Einfluss auf das Ausmaß des Systemvertrauens und die politische Beteiligung hatte. Anzeichen für eine Zweidrittel-demokratie (Petring & Merkel 2011), in der das untere Einkommensdrittel langsam aus dem politischen Prozess ausscheidet, gab es also bereits 2018.

1 Repräsentation in der Krise

Fragen wir die Menschen, was Demokratie für sie ausmacht, stehen Gleichwertigkeit und Mitbestimmung ganz oben auf der Liste. Bezug genommen wird dabei auf das zentrale Versprechen, das mit der demokratischen Idee einhergeht: Egal wer man ist, woher man kommt oder was man besitzt – jeder Mensch hat eine Stimme und kann mit dieser im gleichen Ausmaß wie alle anderen die uns gemeinsam betreffenden Lebensumstände mitgestalten (Dunn 2011). Die Geschichte der Demokratie ist in dieser Hinsicht auch eine Geschichte des Erfolgs, denn im Verlauf der Zeit wurden immer mehr Bevölkerungsgruppen als politische Gleiche anerkannt und haben Beteiligungsrechte erhalten. Nicht übersehen werden darf hierbei jedoch, dass diese Berechtigungen nie großzügig verteilt wurden (Lessenich 2019). Ob von den Arbeiter:innen-, Frauen- oder Bürger:innenrechtsbewegungen: Politische Gleichheit und Beteiligungsrechte mussten stets gegen die jeweils herrschenden Machtverhältnisse erkämpft werden. Und auch heute noch stößt die Demokratie hier an ihre Grenzen.

So hatte bei der letzten Nationalratswahl im Herbst 2024 ein Fünftel der Bevölkerung ab 16 Jahren aufgrund ihrer Staatsbürgerschaften keine Stimme, bei der Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl im Frühling 2025 war es mehr als jede:r Dritte (Statistik Austria 2025). Der Ausschluss vom Wahlrecht ist dabei nicht über alle Bevölkerungsgruppen hinweg gleich verteilt, besonders häufig betroffen sind Berufsgruppen mit niedrigem Einkommen und geringer gesellschaftlicher Wertschätzung. Österreichweit sind zum Beispiel zwei Drittel der Reinigungskräfte, 60% der Beschäftigten in Gastronomie und Tourismus oder auch 41% der Beschäftigten in der Nahrungsmittelherstellung nicht wahlberechtigt (Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft 2025).

Die Grenzen innerhalb der Berechtigten verlaufen ebenfalls klassenspezifisch: Dass sie an der Nationalratswahl 2024 nicht teilgenommen haben, berichten 12% der Wahlberechtigten im oberen, jedoch 39% der Wahlberechtigten im unteren Einkommensdrittel. Dabei sind Wahlen eine vergleichsweise niederschwellige Beteiligungsform und der Beteiligungsspalt fällt deutlich größer aus, wenn es beispielsweise um die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative geht (Dalton 2017). Im unteren Einkommensdrittel treffen also überdurchschnittlich viele Nicht-Berechtigte auf immer mehr grundsätzlich Berechtigte, die von politischer Beteiligung Abstand nehmen. Mit einigen der dahinterliegenden Ursachen werden sich die folgenden Abschnitte noch beschäftigen, bereits an dieser Stelle weist jedoch einiges darauf hin, dass Mitbestimmung wieder zunehmend zu einer Klassenfrage wird.

Drehen wir zunächst jedoch die Zeit etwas zurück, vorerst ins Jahr 2018: Die Korruptionsfälle der jüngeren Vergangenheit, die Pandemie, die Rückkehr des Krieges nach Europa und die hohe Inflation liegen noch vor uns. Im Herbst 2018

berichtete der Demokratie Monitor, dass zwei von drei Menschen mit dem politischen System in Österreich zufrieden sind. Vier Jahre später hatte sich dieses Vertrauen halbiert: Im Herbst 2022 war nur noch ein Drittel davon überzeugt, dass unser politisches System gut funktioniert. In den letzten beiden Jahren hat sich das Systemvertrauen zwar wieder etwas erholt, mit 43% lag es im Herbst 2024 jedoch nach wie vor deutlich unter dem Ausgangswert von 2018 (Abbildung 1 und Abbildung 2).

Abbildung 1: Wie gut funktioniert das politische System in Österreich?

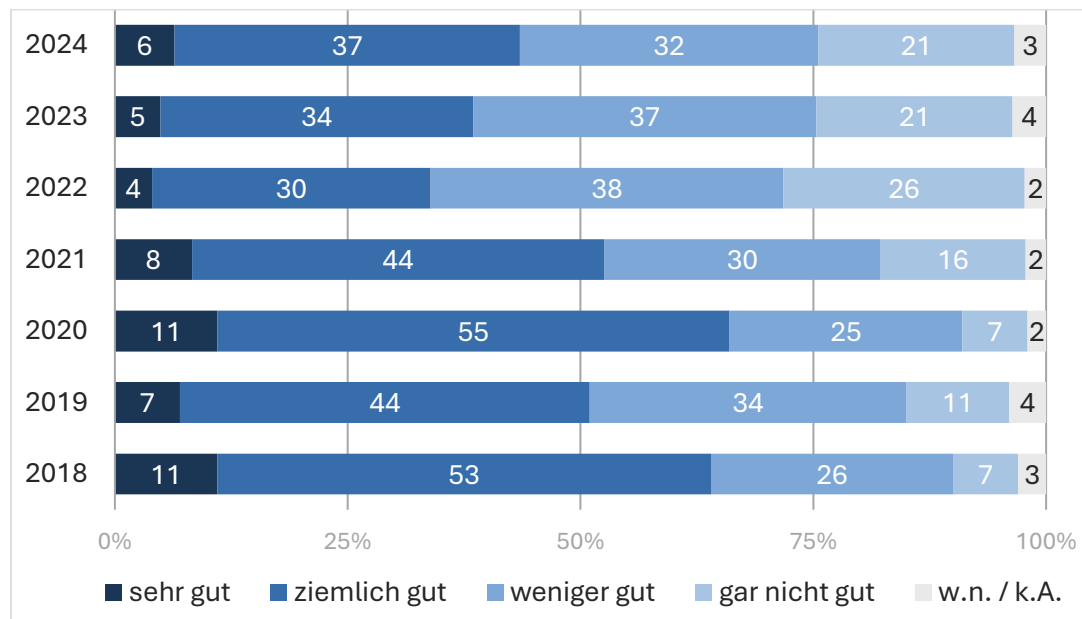
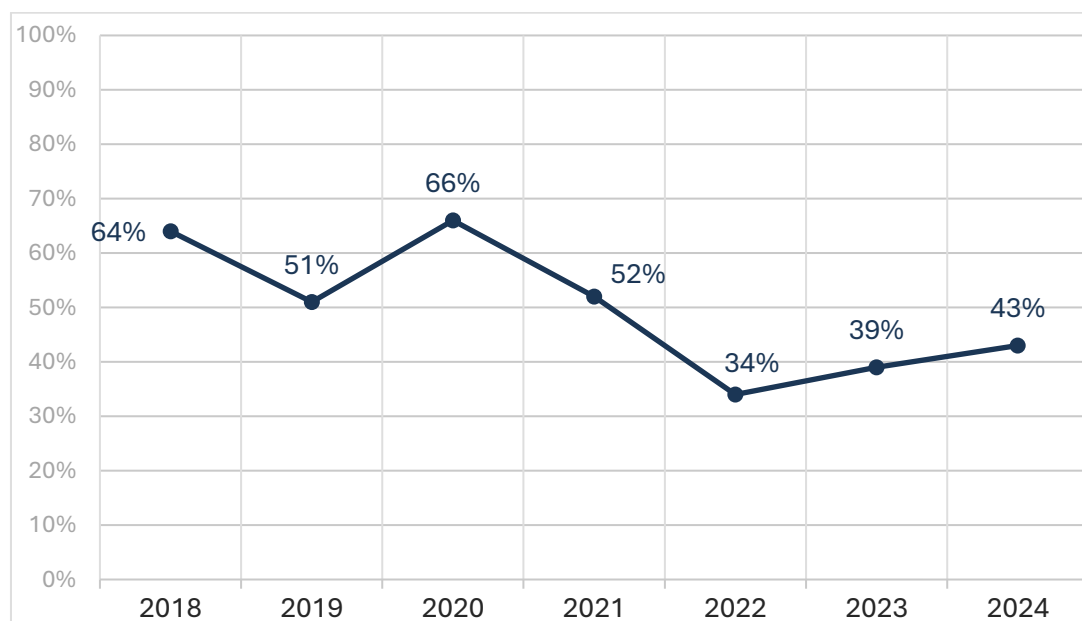


Abbildung 2: Das politische System funktioniert sehr/ziemlich gut



Frage im Wortlaut: „Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“

Diese Entwicklung betrifft nicht nur Österreich, im Verlauf der vergangenen drei Jahrzehnte hat sie in ähnlicher Form in zahlreichen demokratischen Staaten stattgefunden. Die politik- und sozialwissenschaftliche Forschung hat inzwischen auch länderübergreifende Ursachen hierfür festgestellt. So sinkt das Systemvertrauen, wenn Bürger:innen ihre politischen Anliegen systematisch nicht mehr im politischen Prozess wiederfinden (Torcal & Christmann 2021, Van der Meer & Hakhverdian 2017). Dasselbe passiert, wenn sich in der Bevölkerung der Eindruck verfestigt, dass Politiker:innen das demokratische System vor allem zum eigenen Vorteil nutzen (Kolczynska 2021, Della Porta 2020). In welchem Ausmaß Korruption das Vertrauen in das politische System untergräbt, hat der Demokratie Monitor für Österreich gezeigt: Im Zuge von „Ibiza“ ist 2019 die Überzeugung, dass unser politisches System gut funktioniert, um mehr als zehn Prozentpunkte gefallen. Mit dem gesunkenen Systemvertrauen ebenfalls in Verbindung gebracht werden die Finanzkrise von 2008 und die Covid-19-Pandemie. Derartige krisenhafte Ereignisse gelten jedoch weniger als eine direkte Ursache des Vertrauensverlustes, sie sind vielmehr Katalysatoren, die bereits bestehende Tendenzen wie auseinanderdriftende Lebensrealitäten aufgrund zunehmender ökonomischer Ungleichheit verstärken (Mudde 2021, Foster & Frieden 2017).

Letztere ist auch in Österreich auf dem Vormarsch: Haben die Vorstände der im ATX gelisteten Unternehmen vor zwanzig Jahren noch das 24fache des Medianeinkommens verdient, liegt das Verhältnis inzwischen bei 1:64 (Hudelst & Haager 2024). Noch einmal ungleicher verteilt als das Einkommen ist in Österreich jedoch Vermögen. So besitzt das reichste 1 Prozent 41% des Gesamtvermögens, während der gesamten unteren Hälfte gerade einmal 3% gehören (Ferschli et al. 2017). Die Krisen der vergangenen Jahre haben die Ungleichheit weiter befeuert, denn sowohl die finanziellen Folgen der Pandemie als auch die Teuerung haben das untere Einkommensdrittel am stärksten getroffen (Zandonella 2022).

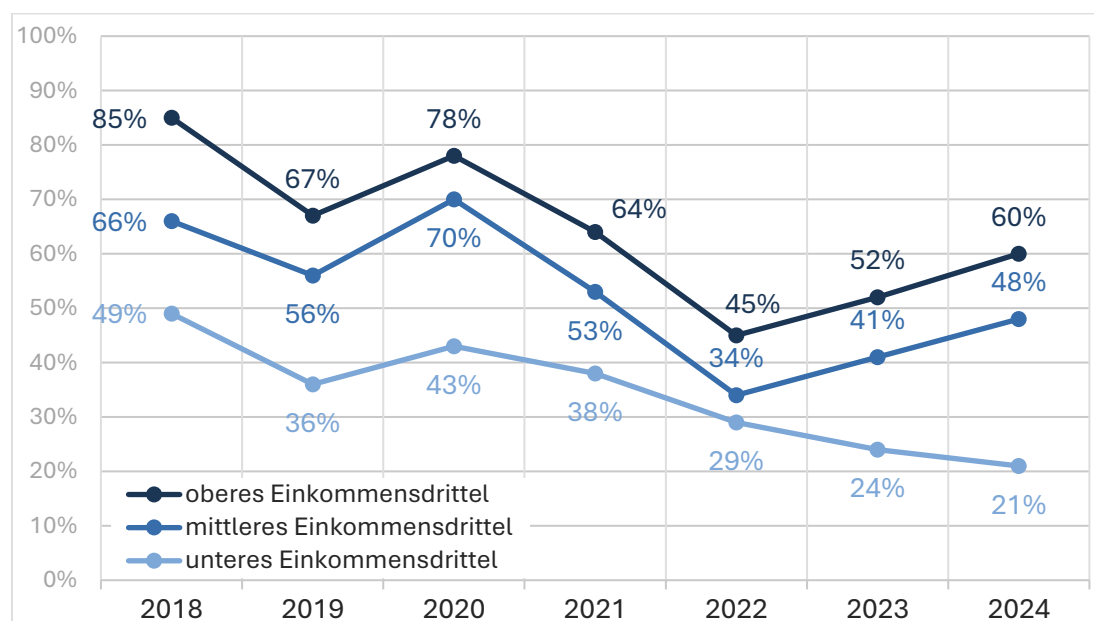
Zurückkommend auf das gesunkene Systemvertrauen liegen für Österreich inzwischen weitere Analysen vor, die auf zwei tiefergehende Entwicklungen hinweisen. Erstens fällt auf, dass der Vertrauensverlust nicht das gesamte politische System erfasst hat – jene institutionalisierten Regeln und Praktiken, die staatliches Handeln verlässlich und rechenschaftspflichtig machen, sind davon nicht betroffen. So vertrauten im Herbst 2024 rund zwei Drittel der Menschen in Österreich den Gerichten – ebenso viele wie im Herbst 2018. Ähnliches gilt für das Prozedere von Wahlen und Gesetzgebung: Beinahe neun von zehn Menschen sind davon überzeugt, dass Wahlen ordnungsgemäß durchgeführt werden und rund drei Viertel denken, dass Gesetze regelkonform zustande kommen. Dem Verfassungsgerichtshof als oberstem Hüter dieser Gesetze vertrauen wiederum vier Fünftel der Menschen in Österreich. Hervorzuheben ist in diesem

Zusammenhang auch, dass sich diese Werte durch die gesamte Bevölkerung ziehen und damit relativ unabhängig von individuellen Merkmalen, Klassenzugehörigkeit oder Parteipräferenzen sind.

Demokratie ist jedoch mehr als ein verlässliches Regelwerk – wie bereits zu Beginn dieses Berichts festgehalten, beinhaltet sie auch das Versprechen, bei der Gestaltung der alle betreffenden Lebensumstände mitbestimmen zu können. In eben diesem Zusammenhang ist über die vergangenen Jahre hinweg eine Lücke entstanden: 2018 waren 61% der Menschen in Österreich davon überzeugt, im Parlament gut vertreten zu sein, 2024 war es nur noch ein Drittel. Dass sich politische Entscheidungen auch nach den Anliegen der Bürger:innen richten, dachte 2018 mehr als die Hälfte, 2024 war es nur noch jede:r Vierte. Parallel dazu haben über die vergangenen Jahre hinweg all jene Institutionen und Akteur:innen an Vertrauen verloren, die von den Bürger:innen zur Vertretung ihrer politischen Anliegen gewählt werden. Hinter der vielzitierten Krise der Demokratie steht also auch in Österreich eine Krise der Repräsentation.

Zweitens hat sich in Hinblick auf das Ausmaß und die Veränderungen des Systemvertrauens die ökonomische Lage als entscheidendes Kriterium herausgestellt. Der diesbezügliche Klassenspalt fällt dabei nicht nur deutlich größer aus als der Gender-, Bildungs- oder Stadt-Land-Gap. Das Vertrauen im unteren Einkommensdrittel hat sich über die vergangenen Jahre hinweg auch gänzlich anders entwickelt als in der Mitte und den oberen Etagen der Gesellschaft (Abbildung 3).

Abbildung 3: Das politische System funktioniert sehr/ziemlich gut



Frage im Wortlaut: „Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“ Dargestellt: sehr und ziemlich gut.

So sticht im oberen und mittleren Einkommensdrittel hervor, dass die Zufriedenheit mit dem politischen System von 2020 bis 2022 eingebrochen ist. Mit zunehmender Dauer der Pandemie, den anhaltenden Korruptionsvorwürfen und der steigenden Inflation dachten 2022 nur noch halb so viele Menschen wie 2020, dass das politische System in Österreich gut funktioniert. Im unteren Einkommensdrittel fällt die Zufriedenheit dagegen über alle Erhebungsjahre hinweg gering aus und sie schwankt auch weniger entlang aktueller Ereignisse. Bereits 2018 war nur jede:r Zweite dieser Gruppe davon überzeugt, dass unser politisches System gut funktioniert, inzwischen sind es mit jeder:jedem Fünften noch einmal weniger. Seit 2020 sinkt die Zufriedenheit im unteren Einkommensdrittel außerdem stetig – im Gegensatz zum mittleren und oberen Drittel, wo über die vergangenen zwei Jahre hinweg eine deutliche Erholung eingetreten ist.

Die ökonomische Lage der Menschen verweist auf unterschiedliche Lebensrealitäten, an die wiederum spezifische Erfahrungen mit dem demokratischen System anschließen. Die Menschen im unteren Einkommensdrittel sind entweder armutsgefährdet oder ihr Einkommen liegt knapp über der Armutsgefährdungsschwelle.¹ Sie sind häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen und für die Zukunft so gut wie gar nicht finanziell abgesichert. Das mittlere Einkommensdrittel umfasst wiederum die Mitte der Gesellschaft: Ihr Einkommen entspricht ebenso dem Durchschnitt² wie ihre Arbeitslosenquote³ und mit Blick auf die Zukunft berichtet diese Gruppe von einer einigermaßen guten finanziellen Absicherung. Im oberen Drittel liegt das Einkommen über dem Schnitt, die Menschen wohnen üblicherweise im Eigentum und Arbeitslosigkeit betrifft diese Gruppe kaum. Die überwiegende Mehrzahl der Menschen im oberen Drittel ist außerdem auch für die Zukunft sehr gut finanziell abgesichert.

Es geht es jedoch nicht „nur“ um ökonomische Ressourcen und Zugang zu Arbeit: Im unteren Einkommensdrittel fallen beispielsweise die körperlichen Arbeitsbelastungen am höchsten aus, die psychischen sind in den letzten Jahren stark angestiegen⁴. Neben guter Arbeit ist auch Anerkennung eine Frage der Klasse: 82% der Menschen im oberen, jedoch nur 23% der Menschen im unteren Einkommensdrittel erleben ihre Arbeit als von der Gesellschaft wertgeschätzt. Entlang ihrer Lebensrealitäten sind die Menschen im unteren Einkommensdrittel außerdem häufiger als das mittlere und obere Drittel mit staatlicher Herrschaft konfrontiert – in ihrem Alltag erleben sie das politische System dann auch

¹ Die Armutsgefährdungsschwelle lag zum Zeitpunkt der Befragung 2024 bei 1.661 Euro pro Monat für einen Ein-Personen-Haushalt (Statistik Austria 2025b).

² Im Jahr 2024 lag das durchschnittliche monatliche Haushaltseinkommen für einen Ein-Personen-Haushalt bei rund 2.900 Euro netto (Statistik Austria 2005b).

³ Die Arbeitslosenquote lag 2024 bei 7% (Arbeitsmarktservice 2024).

⁴ Österreichischer Arbeitsklimaindex der AK Oberösterreich, eigenen Berechnungen.

weniger als Garant eines möglichst selbstbestimmten Lebens, sondern als disziplinierend und bevormundend (Elsässer et al. 2018, Ehs & Zandonella 2021, Atzmüller 2009, Wacquant 2009).

Wie stark sich derartige Erfahrungen auf das Systemvertrauen auswirken, konnte zwischen 2020 und 2022 im oberen Einkommensdrittel beobachtet werden. Während staatliche Eingriffe in die individuelle Lebensführung für das untere Drittel nichts Neues sind, wurden sie im Zuge der Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie auch im Alltag der bessergestellten Bevölkerungsgruppen spürbar. Der während dieses Zeitraums beobachtete Vertrauenseinbruch im oberen Drittel war dann auch zu einem beträchtlichen Teil auf diese zurückzuführen (Zandonella 2022). Hervorzuheben ist, dass es hierbei nicht um ein für oder wider die gesetzten Maßnahmen ging, sondern um die unmittelbare und tief in den persönlichen Lebensraum eindringende Erfahrung von staatlicher Herrschaft.

Das mittlere Einkommensdrittel, dessen Systemvertrauen 2022 ebenfalls an einem Tiefpunkt angelangt war, reagierte weniger auf die vorübergehende Verletzung des demokratischen Versprechens von Freiheit und Selbstbestimmung. In dieser Gruppe hing der Vertrauenseinbruch stärker mit zunehmenden Zweifeln an der politischen Gleichheit zusammen: Entlang der sich ausweitenden Korruptionsvorwürfe hatte sich in der Mitte der Eindruck festgesetzt, dass das politische System privilegierte Einzelinteressen bevorzugt und immer weniger dem Gemeinwohl dient (Zandonella 2022).

Die Entwicklungen der vergangenen zwei Jahre verweisen nun darauf, dass sich das aufgrund aktueller Ereignisse und Erfahrungen gesunkene Systemvertrauen auch relativ rasch wieder erholen kann. Für das untere Einkommensdrittel gilt dies nicht, denn ihrem geringen Vertrauen liegen kontinuierliche Erfahrungen von Exklusion zugrunde, unter anderem von ökonomischer Sicherheit, guter Arbeit und gesellschaftlicher Wertschätzung. Ausdruck finden diese Erfahrungen dann beispielsweise in ihren Berichten, von der Politik als Menschen zweiter Klasse behandelt zu werden. Auch die zuvor aufgezeigte Repräsentationslücke ist in Hinblick auf das untere Drittel keine neue Entwicklung – sie kann bis in die Mitte der 1990er Jahre zurückverfolgt werden, hat sich im Sog der vergangenen fünf Jahre jedoch noch einmal verstärkt. Dabei war bereits 2018 nur jede:r Vierte im unteren Drittel davon überzeugt, im Parlament gut vertreten zu sein – 2024 waren es mit jeder:jedem Fünften noch einmal weniger. Kontinuierliche Erfahrungen von Ungleichwertigkeit und Ausschluss schlagen sich zudem in der politischen Selbstwirksamkeit nieder, denn inzwischen denkt nur mehr eine Minderheit der Menschen im unteren Drittel, mit politischer Beteiligung etwas bewirken zu können. Daran anschließend fällt auch ihre Bereitschaft zur Teilnahme an Wahlen gering aus: Für die letzten beiden Nationalratswahlen berichten jeweils rund 40%, ihre Stimme nicht abgegeben zu haben. Ebenfalls

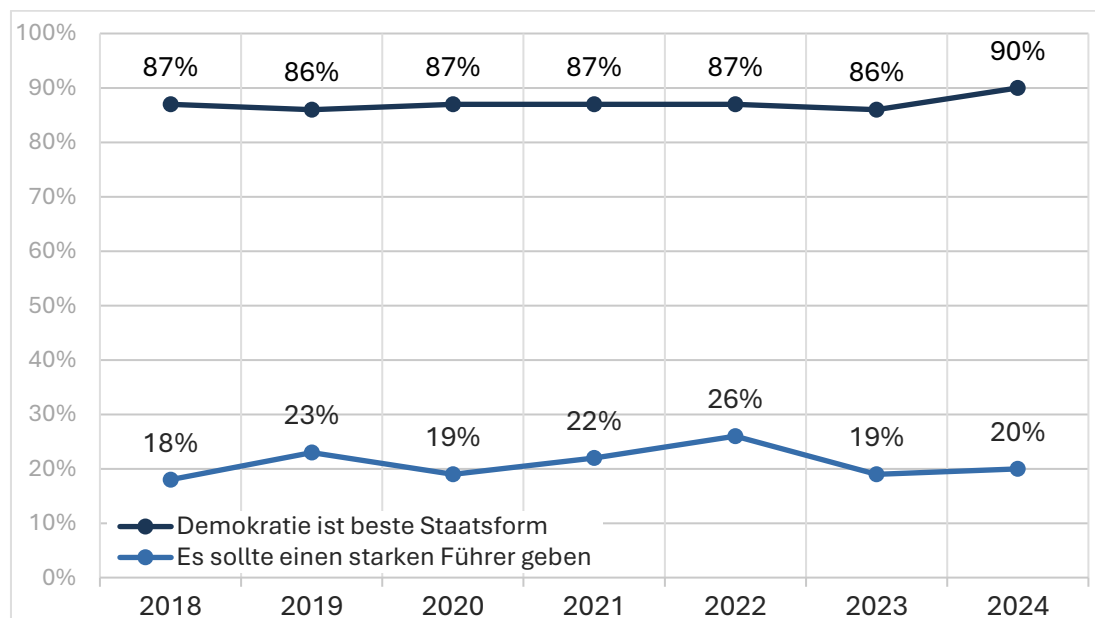
deutlich wird an dieser Stelle, dass die Entscheidung zur Beteiligung zwar jede:r Einzelne trifft, dass dies jedoch nicht unabhängig von gruppenspezifischen Erfahrungen innerhalb gegebener gesellschaftlicher und politischer Strukturen geschieht (Schäfer 2015).

Offen ist nun noch, ob es sich bei den berichteten Erfahrungen der Menschen im unteren Einkommensdrittel „nur“ um subjektive Eindrücke handelt, oder ob ökonomische Ungleichheit tatsächlich zu politischer Ungleichheit führt. Die politik- und sozialwissenschaftliche Forschung untersucht diese Frage bereits seit den 1960er Jahren und hat festgestellt: Nicht nur in der den USA, wo Geld und Politik wegen der auf privaten Spenden basierenden Wahlkampffinanzierung eine symbiotische Beziehung zueinander haben, finden die politischen Anliegen der unteren Einkommensgruppen kaum Gehör. Inzwischen ist auch für zahlreiche andere Staaten – unter anderem für Österreich – bestätigt, dass die politischen Anliegen der unteren Einkommensgruppen seltener Teil des politischen Diskurses sind, in den Parlamenten schlechter vertreten werden und dort auch kaum Chance auf Umsetzung haben (u.a. Traber et al. 2021, Elsässer & Schäfer 2017, Peters & Ensink 2015, Donnelly & Lefkofridi 2014).

2 Verliert die Demokratie selbst an Legitimität?

Während die Zufriedenheit mit dem politischen System deutlichen Schwankungen unterliegt, bleibt die Haltung zur Demokratie selbst über die Jahre hinweg stabil. An einem Beispiel festgemacht: Sowohl 2018 als auch 2024 waren rund 90% der Menschen in Österreich von der Demokratie als bester Staatsform überzeugt (Abbildung 4). Auch der Blick in unterschiedliche Bevölkerungsgruppen ergibt bislang keine Hinweise darauf, dass die Demokratie als jene Staatsform, in der die Menschen leben möchten, in den vergangenen Jahren an Akzeptanz verloren hätte oder eine autoritäre Herrschaftsform attraktiver geworden wäre.

Abbildung 4: Zustimmung zu Demokratie & Diktatur



Fragen im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? (1) Die Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag. (2) Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss.“ Jeweils dargestellt: Stimme sehr und ziemlich zu.

Dies gilt auch auf einer weniger abstrakten Ebene: Vor die Wahl gestellt zwischen unserer parlamentarischen Demokratie und einer „Diktatur auf Zeit“, die Österreich in den kommenden fünf Jahren regieren soll, spricht sich weniger als jede:r Zehnte für zweiteres aus. Tatsächlich Konkurrenz bekommt das bestehende politische System von der anderen Seite: Entlang der zuvor aufgezeigten Repräsentationslücke votieren die Menschen nicht für weniger, sondern für mehr Mitbestimmung. Dementsprechend fällt die Entscheidung zwischen der parlamentarischen Demokratie und einer direkteren Demokratie nach dem Vorbild der Schweiz dann auch knapp zugunsten letzterer aus. Mehr direkte

Demokratie bedeutet jedoch nicht automatisch eine qualitativ bessere Demokratie – vor allem dann nicht, wenn parlamentarische Prozesse ausgehöhlt und durch polarisierende Mehrheitsabstimmungen ersetzt werden. Für eine Einschränkung der Rechte des Parlaments spricht sich mit zuletzt 6% jedoch kaum jemand aus, im Gegenteil: Die überwiegende Mehrzahl der Menschen fordert entweder deren Erhalt oder ihren Ausbau. Dasselbe gilt in Hinblick auf Grundrechte wie Meinungs- oder Versammlungsfreiheit und die Unabhängigkeit der Gerichte.

Dass bei den Wahlen der vergangenen Monate vor allem jene Parteien Zugewinne verzeichneten, die sich an Politiker:innen orientieren, die – einmal an die Macht gekommen – Parlamente, Grundrechte und die Unabhängigkeit der Gerichte einschränken, hat also weniger damit zu tun, dass in der breiten Bevölkerung autoritäre Haltungen oder Forderungen nach einem autoritären Umbruch zugenommen hätten. Dabei ist bei rund einem Fünftel der Menschen in Österreich durchaus autoritäres Potenzial vorhanden, dieses bleibt über die Jahre hinweg jedoch diffus und ambivalent: In ihren Einstellungsmustern vermischen sich demokratische Überzeugungen mit einer höheren Zustimmung zu autoritären Herrschaftsformen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Bei einem kleinen Teil der Bevölkerung hat über die vergangenen Jahre hinweg jedoch eine Radikalisierung stattgefunden. Seit 2018 berichten jedes Jahr rund 8% der Menschen in Österreich ein über sämtliche Indikatoren hinweg antidemokratisches Einstellungsmuster. Innerhalb dieser Gruppe kam es von 2020 auf 2021 zu einer autoritären Verdichtung, die inzwischen als nachhaltig einzustufen ist: Seit 2021 sprechen sich diese rund 8% doppelt so häufig wie davor für die Einschränkung der Rechte des Parlaments, der Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie der Unabhängigkeit der Gerichte aus. Damit haben die Krisen der vergangenen Jahre diese Gruppe zwar weder hervorgebracht noch vergrößert, in ihrem Inneren haben sie jedoch zu einer Konsolidierung autoritären Gedankenguts beigetragen.

In Zusammenhang mit den vergangenen Wahlergebnissen breitenwirksamer war eine Entwicklung, die bis in die 1980er Jahre zurückgeht und bereits vor der Finanzkrise 2008 als „Demokratie nach dem Demos“ (Rancière 2002) oder „Postdemokratie“ (Crouch 2004) debattiert wurde. Demnach hat der Auf- und Ausbau des freihandelsbasierten Wirtschaftssystems, zu dessen Absicherung Staaten in supranationales Recht eingebunden wurden, nicht nur den Spielraum der Politik auf marktkliberale Optionen beschränkt. Auch die Bürger:innen konnten mit den ihnen zur Verfügung stehenden demokratischen Verfahren kaum mehr Einfluss auf die Gestaltung grundlegender Rahmenbedingungen nehmen. Während also die Volkssouveränität – in all ihrer Komplexität und Uneindeutigkeit – als höchste Verfassungsnorm erhalten blieb, kann die sich daraus ableitende kollektive Wirksamkeitserfahrung heute nicht mehr hergestellt

werden. Ein Umstand, der in Bevölkerungsbefragungen als Repräsentationslücke hervortritt und in den obigen Ausführungen auch für Österreich aufgezeigt wurde. Von diesem Blickwinkel aus betrachtet überrascht es nicht, dass politische Bewegungen mit dem Versprechen, den Menschen ihre Stimme zurückzugeben, Anklang finden. Dies ist weder historisch einzigartig noch eine schlichte Wiederholung der Geschichte – der populistische Moment tritt in jeweils aktueller Form immer dann auf, wenn das fragile Gleichgewicht von Politik, Recht, Wirtschaft und Gesellschaft aus den Fugen gerät (Canovan 1999, Möller 2024).

3 Perspektiven

Die Erfahrungen, die Menschen mit bzw. als Teil von Demokratie machen, sind klassenspezifisch: Je weiter unten in der gesellschaftlichen Hierarchie sie verortet sind, desto seltener erleben sie politische Gleichheit und desto geringer fällt auch ihr Vertrauen in das politische System aus. Die aufgezeigte Repräsentationslücke ist im unteren Einkommensdrittel am größten, hat sich entlang der Krisen der vergangenen Jahre jedoch bis in die Mitte der Gesellschaft ausgebreitet. Der entstandene Vertrauensverlust wird derzeit unterschiedlich politisch verarbeitet:

Die Mehrzahl der Menschen in Österreich setzt auf die Demokratie und das ihr innewohnende Veränderungspotenzial – mehr wirksame Mitbestimmung, mehr Informationen über die Arbeit des Parlaments, mehr Transparenz im politischen Prozess und eine am Gemeinwohl orientierte politische Kultur bzw. Politik sind hier die zentralen Forderungen. Ein derartiger Umgang mit Vertrauensverlust fällt den ressourcenstärkeren Bevölkerungsgruppen leichter, da sie mit Demokratie und Beteiligung häufiger positive Erfahrungen verbinden.

Ist demgegenüber Ausschluss – von ökonomischer Sicherheit, gesellschaftlicher Anerkennung und politisch wirksamer Mitbestimmung – die zentrale demokratische Erfahrung, ziehen sich die Menschen aus dem politischen Prozess zurück. So stammt inzwischen nicht nur die Mehrzahl der Nicht-Wahlberechtigten, sondern auch jene der Nichtwähler:innen aus dem unteren Einkommensdrittel. Dabei schadet ökonomische Ungleichheit der Demokratie, weil sich kapitalistische Machtverhältnisse in politische übersetzen – dies untergräbt die politische Gleichheit und entzieht den unteren Klassen systematisch wirksame Mitbestimmung.

Die Repräsentationslücke hat sich auch in den Wahlergebnissen des vergangenen Jahres niedergeschlagen, wo populistische Parteien, allen voran jene der extremen Rechten, besonders erfolgreich waren. Hier stehen Demokrat:innen vor der Herausforderung, extremistisches Gedankengut und demokratiefeindliche Ansinnen klar zu benennen, ohne gleichzeitig all jene darunter zu subsummieren, die die herrschenden Verhältnisse in Frage stellen.

Soll die Demokratie der Zukunft mehr sein als eine „Hülle für Institutionen“ (Crouch 2021) oder gar nur eine hübsche Verpackung für Autokrat:innen, sind hierfür Rahmenbedingungen zu schaffen. Grundlegend ist es dabei, der zunehmenden ökonomischen Ungleichheit und den damit einhergehenden Machtkonzentrationen entgegenzuwirken. Wo Macht kumuliert, ist zudem Korruption nicht weit. In eben diesem Zusammenhang benötigt die öffentliche Debatte eine Erweiterung der Perspektive, denn die Aufarbeitung von Korruptionsfälle bleibt halbherzig, wenn sie nicht durch einen kritischen Blick auf jene

Strukturen begleitet wird, die ein derartiges Fehlverhalten vonseiten politischer und ökonomischer Eliten ermöglichen, begünstigen oder verschleiern.

In Hinblick auf die Verbreitung von autoritären Haltungen in der Bevölkerung ist in Erinnerung zu rufen, dass „Demokratie die einzige Staatsform [ist], die gelernt werden muss.“ (Negt 2004: 197) Dabei fehlt es der schulischen politischen Bildung in Österreich auch 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs an Professionalisierung und ihre Qualität ist immer noch zu stark vom Engagement einzelner Lehrer:innen abhängig. Anschließend an jene Änderungen, die bereits im Zuge der Senkung des Wahlalters umgesetzt wurden, lässt die im aktuellen Regierungsprogramm verankerte Demokratiebildung hier auf weitere Fortschritte hoffen.

Demokratiebewusstsein setzt Wissen voraus, basiert aber ebenso stark auf ge- und erlebter Demokratie, wobei in diesem Zusammenhang positiven Beteiligungserfahrungen eine besondere Bedeutung zukommen. Von der politisch wirksamsten Beteiligungsform – dem Wahlrecht zu unseren gesetzgebenden Versammlungen – sind in Österreich derzeit jedoch rund 1,5 Millionen Menschen im Wahlalter ausgeschlossen (Statistik Austria 2025a). Da dies allen voran das untere Einkommensdrittel und die junge Generation trifft, wäre die Entkopplung des Zugangs zur Staatsbürgerschaft von seinen beträchtlichen ökonomischen Voraussetzungen ein erster Schritt, um der gegenwärtigen Schieflage entgegenzutreten.

In Zusammenhang mit Partizipation weisen aktuelle Forschungsergebnisse außerdem darauf hin, dass positive Beteiligungserfahrungen bei der Arbeit mit einem geringen Ausmaß an autoritären Haltungen einhergehen und gerade im unteren Drittel das Systemvertrauen und die politische Selbstwirksamkeit stärken (Hövermann et al. 2025, Kiess & Schmidt 2025, Ehs & Zandonella 2021).

Das politische System selbst reagierte auf die Repräsentationslücke bislang vor allem mit der Schaffung von neuen, rechtlich meist unverbindlichen Beteiligungsangeboten. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen, birgt jedoch das Risiko, den bestehenden Beteiligungsspalt weiter zu vertiefen. Denn Angebote dieser Art werden vor allem von jenen genutzt, die bereits politisch aktiv sind und die über mehr Ressourcen – neben finanziellen Mitteln umfasst dies auch formale Bildung und Zeit – verfügen (Ehs & Zandonella 2024). Ein Mehr an Beteiligungsangeboten ist daher kein Ersatz für Beteiligungsrechte und keine Alternative zu klassengerechten repräsentativen Strukturen.

Datengrundlage

Datengrundlage des Demokratie Monitors ist eine jährliche, repräsentative Bevölkerungsbefragung von Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich. Seit 2018 werden jedes Jahr im Herbst rund 2.000 Menschen interviewt, die Befragung fand zur Hälfte telefonisch (CATI⁵) und zur Hälfte online (CAWI⁶) statt, die durchschnittliche Dauer der Interviews beträgt 15 Minuten.

Der für den ersten Demokratie Monitor entwickelte Fragebogen wird jedes Jahr überprüft und an aktuelle Gegebenheiten angepasst. In seinen zentralen Abschnitten wird er jedoch nicht verändert, um weiterhin standardisiert Veränderungen über die Zeit beobachten zu können. Der Fragebogen beinhaltet folgende Kernelemente:

- Einstellungen zur Demokratie und zu anderen Herrschaftsformen
- Zufriedenheit mit dem politischen System in Österreich und Vertrauen in Institutionen
- Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation
- Demokratiepoltisch relevante Einstellungen im aktuellen Kontext
- soziodemografische Merkmale

Die Grundgesamtheit des Demokratie Monitors umfasst Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich. Mit Blick auf das Sampling erfolgte die Ziehung der CATI-Stichprobe per Zufall aus dem öffentlichen Telefonbuch und mittels RLD⁷-Verfahren generierter Telefonnummern. Die CAWI-Stichprobe wurde aus dem zur Gewährleistung der Repräsentativität offline rekrutierten (Cornesse et al. 2020) Access-Panel gezogen.

Nach Abschluss der Erhebung wurde der Rohdatensatz einer Qualitätsprüfung unterzogen: Mittels Konsistenz- und Plausibilitätstests wurde kontrolliert, ob die Antworten der Befragten in sich stimmig sind und ob Antwortmuster auftreten, die eine ernsthafte Fragebeantwortung ausschließen. Die Analyse der fehlenden Werte identifizierte wiederum Fragen mit einem hohen Anteil an „weiß nicht“ und „keine Angabe“ (Item-Nonresponse) sowie Befragte mit auffallend vielen nicht beantworteten Fragen (Unit-Nonresponse).

⁵ Computer Assisted Telephone Interview

⁶ Computer Assisted Web Interview

⁷ Random Last Digit (zufällige letzte Nummer)

Die unterschiedliche Teilnahmebereitschaft verschiedener Bevölkerungsgruppen (Schräpler 2000) wurde innerhalb des eng gesteckten Rahmens guter wissenschaftlicher Praxis (Sand & Kunz 2020) mittels Gewichtung ausgeglichen. Dabei werden relevante Merkmale der Stichprobe an die Verteilung der Grundgesamtheit angepasst, im vorliegenden Fall: Geschlecht, Alter, formale Bildung, Erwerbsstatus und Urbanisierungsgrad.

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Grundgesamtheit	in Österreich lebende Menschen ab 16 Jahren						
Art der Befragung	Telefon (CATI ¹)- und Online (CAWI ²)- Interviews						
Stichprobenziehung	CATI: Zufallsstichprobe aus dem öffentlichen Telefonbuch & RLD ³ -generierte Telefonnummern CAWI: Ziehung aus dem offline rekrutierten Access-Panel						
Stichprobe	2.158 Befragte	2.185 Befragte	2.188 Befragte	2.003 Befragte	2.164 Befragte	2.081 Befragte	2.007 Befragte 1.000 im Panel
Gewichtung	Geschlecht, Alter, formale Bildung, Erwerbsstatus, Region, Stadt / Land						
max. Schwankungsbreite	+/- 2,1%	+/- 2,1%	+/- 2,1%	+/- 2,2%	+/- 2,1%	+/- 2,1%	+/- 2,2%
Befragungszeitraum	16.08. – 02.10.	12.08. – 30.09.	17.08. – 10.10.	13.08. – 06.10.	07.09. – 21.10.	30.08. – 12.10.	06.08. – 28.08. 25.10. – 22.11.
Feldarbeit	Jaksch Research GmbH, Linz						

Abbildung 5: Datengrundlage Demokratie Monitor

Literatur

Arbeitsmarktservice (2025): Arbeitsmarktdaten Österreich – November 2024, Wien: AMS.

Atzmüller, Roland (2009): Die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik in Österreich. Dimensionen von Workfare in der österreichischen Sozialpolitik. In: Kurswechsel 4, 24–34.

Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft (2025): Beschäftigte 09-2024, AMIS-Arbeitsmarktinformationssystem des BMAW.

Canovan, Margaret (1999): Trust the people. Populism and the two faces of democracy. In: Political Studies XLVII, 2–16.

Cornesse, Carina / Blom, Annelies, Dutwin, Davie / Krosnick, Krosnik / De Leeuw, Edith / Legleye, Stephane / Pasek, Josh / Pennay, Darren / Phillips, Benjamin / Sakshaug, Joseph / Struminskaya, Bella / Wenz, Alexander (2020): A review of conceptual approaches and empirical evidence on probability and nonprobability sample survey research. In: Journal of Survey Statistics and Methodology 8(1), 4-36.

Crouch, Colin (2004): Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Crouch, Colin (2021): Postdemokratie revisited. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Dalton, Russel (2017): The Participation Gap. Social Status and Political Inequality. Oxford: University Press.

Della Porta, Donatella (2020): Social capital, beliefs in government, and political corruption. In: Pharr, Susan / Putnam, Robert (Eds.): Disaffected democracies: What's troubling the trilateral countries. Princeton: University Press, 202–230.

Donnelly, Michael / Lefkofridi, Zoe (2014): Economic and political inequality in modern democracies: Differential responsiveness to the policy preferences of economic classes. Florenz: EUI Working Papers MWP Red Number Series 2044.

Dunn, John (2011): Setting the people free. The story of democracy. Princeton: University Press.

Ehs, Tamara / Zandonella, Martina (2021): Demokratie der Reichen? Soziale und politische Ungleichheit in Wien. In: Wirtschaft und Gesellschaft 47, 63–101.

Ehs, Tamara / Zandonella Martina (2024): Mehr Zusammenbringen. Zur Verbesserung politisch wirksamer Beteiligung in Wien. In: Haas, Malena / Moussa-Lipp, Sina / Verlič, Mara (Hg.innen): Stadtpunkte 47, Wien: Arbeiterkammer.

Elsässer, Lea / Hense, Svenja / Schäfer, Armin (2018): Unequal responsiveness in egalitarian democracies. In: Journal of European Public Policy 28, 1890–1908.

Elsässer, Lea / Schäfer, Armin (2027): Dem Deutschen Volke? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 27, 161–180.

Ferschli, Benjamin / Kapeller, Jakob / Schütz, Bernhard / Wildauer, Rafael (2017): Bestände und Konzentration privater Vermögen in Österreich. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 167. Wien: Arbeiterkammer.

Foster, Chase / Frieden, Jeffry (2017): Crisis of trust: Socio-economic determinants of Europeans' confidence in government. In: European Union Politics 18, 511–535.

Hövermann, Andreas / Kohlrausch, Bettina / Langer, Arnim / Meuleman, Bart (2025): How work shapes democracy. Political preferences, populist attitudes and far-right voting intentions among the European labor force. A cross-country survey project in the face of the 2024 EU Elections. WSI Study No. 40, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI).

Hudelist, Simone & Haager, Theresa (2024): Vorstandsvergütung in den ATX Unternehmen 2023. Wien: Arbeiterkammer.

Kiess, Johannes / Schmidt, Andre (2025): The political spillover of workplace democratization: How democratic efficacy at the workplace contributes to countering right-wing extremist attitudes in Germany. In: Economic and Industrial Democracy 46(2), 469-495.

Kolczynska, Marta (2021): The economy and governance as determinants of political trust in Europe. In: Czech Sociological Review 56, 791–834.

Lessenich, Stephan (2019): Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem. Stuttgart: Reclam.

Möller, Kolja (2024): Volk und Elite. Eine Gesellschaftstheorie des Populismus, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Mudde, Cas (2021): Populism in Europe. An illiberal democratic response to undemocratic liberalism. In: Government and Opposition 56, 577–297.

Negt, Oskar (2004): Politische Bildung ist die Befreiung der Menschen. In: Hufer, Klaus / Oeftering, Tonio / Oppermann, Julia (Hg:innen): Positionen der politischen Bildung. Schwalbach: Wochenschau Verlag, 196–213.

Peters, Yvette / Ensink, Sander (2015): Differential responsiveness in Europe: The effects of preference difference and electoral participation. In: West European Politics 38, 577–600.

Petring, Alexander / Merkel, Wolfgang (2011): Auf dem Weg zur Zweidrittel-Demokratie. In: WBZ-Mitteilungen 134, 30–33.

Rancière, Jaques (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Sand, Matthias / Kunz, Tanja (2020): Gewichtung in der Praxis. Mannheim: GESIS – Leibnitz Institute for the Social Sciences (GESIS-Survey Guidelines).

Schäfer, Armin (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Schräpler, Jörg-Peter (2000): Was kann man am Beispiel des SOEP bezüglich Nonresponse lernen? ZUMA-Nachrichten 46, 117-149.

Statistik Austria (2025a): Statistik des Bevölkerungsstandes. Wien: STATcube – Statistische Datenbank von Statistik Austria.

Statistik Austria (2025b): Tabellenband EU-SILC 2024, Wien: Statistik Austria.

Torcal, Mariano / Christmann, Pablo (2021): Responsiveness, performance, and corruption. Reasons for the decline of political trust. In: *Frontiers in Political Science* 3, 676672.

Traber, Denise / Hänni, Miriam / Giger, Nathalie / Breunig, Christian (2021): Social status, political priorities and unequal representation. In: *European Journal of Political Research* 61(2), 351-373.

Van der Meer, Tom / Hakhverdian, Armè (2027): Political trust as the evaluation of process and performance. A cross-national study of 42 European democracies. In: *Political Studies* 65, 81–102.

Wacquant, Loic (2009): Bestrafen der Arme. Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Zandonella, Martina (2022): Demokratie Monitor 2022. Wien: FORESIGHT.